

Baarck, Julia; Dolls, Mathias; Windsteiger, Lisa

Article

Informationen über Ungleichheit verändern Gerechtigkeitsempfinden

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Baarck, Julia; Dolls, Mathias; Windsteiger, Lisa (2026) : Informationen über Ungleichheit verändern Gerechtigkeitsempfinden, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 79, Iss. 01, pp. 62-68

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/336099>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Forschungsergebnisse

Informationen über Ungleichheit verändern Gerechtigkeitsempfinden*

Julia Baarck, Mathias Dolls und Lisa Windsteiger**

In Kürze

Wie reagieren Menschen, wenn sie über das tatsächliche Ausmaß gesellschaftlicher Ungleichheiten informiert werden? Eine aktuelle Studie mit knapp 5 000 Befragten in Deutschland zeigt: Die Wirkung solcher Informationen auf das Gerechtigkeitsempfinden und auf politische Forderungen hängt stark von der politischen Einstellung ab. Während politisch links und in der Mitte stehende Personen kaum auf Informationen zu Vermögens- und Generationenungleichheit reagieren, zeigen politisch rechts orientierte Befragte eine überraschende Gegenreaktion: Wenn sie über das Ausmaß der Ungleichheit informiert werden, bewerten sie die gesellschaftliche Situation als *fairer* und *verringern* ihre Zustimmung zu Reformmaßnahmen, die darauf abzielen, die Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit zu stärken. Der Grund: Sie zweifeln an der Glaubwürdigkeit der präsentierten Informationen und empfinden sie als politisch voreingenommen. Die Ergebnisse verdeutlichen die begrenzte Wirkung von Informationskampagnen in polarisierten Gesellschaften und zeigen, dass sachlich korrekte Fakten zu Ungleichheit nicht automatisch Einstellungen ändern – sie können sogar Abwehrreaktionen auslösen.

Fragen der Verteilungsgerechtigkeit stehen im Zentrum gesellschaftlicher Debatten. Wie fair ist die Vermögensverteilung? Werden die Interessen junger Generationen ausreichend berücksichtigt? Solche Fragen prägen die politische Auseinandersetzung in vielen entwickelten Ländern (OECD 2021; Arévalo et al. 2019). Vorangegangene Studien haben gezeigt, dass Menschen häufig das tatsächliche Ausmaß von Ungleichheiten unterschätzen (Norton

und Ariely 2011; Kiatpongsan und Norton 2014). Informationsinterventionen können in solchen Fällen Fehleinschätzungen korrigieren, haben jedoch oft nur begrenzte Auswirkungen auf Politikpräferenzen im Allgemeinen und Umverteilungspräferenzen im Besonderen (Kuziemko et al. 2015). Diese werden insbesondere durch subjektive Wahrnehmungen und Fairnessvorstellungen geprägt (Stantcheva 2021; Hauser und Norton 2017; Gimpelson und Treisman 2018). Ein besseres Verständnis der Wahrnehmungen zu Ungleichheit und Vorstellungen zu Fairness ist daher wichtig, um die Akzeptanz politischer Reformen,

* Der Artikel fasst den Beitrag von Baarck et al. (2025) zusammen.

** Lisa Windsteiger, Ph.D., Assistenzprofessorin Universität Salzburg (PLUS) und ifo Research Associate.

die inter- oder intragenerationelle Ungleichheiten adressieren, in der Bevölkerung zu erklären (OECD 2025).

Der Beitrag untersucht, wie sich Informationen über zwei zentrale Dimensionen von Ungleichheit auswirken: die ungleiche Altersstruktur der Wahlberechtigten und die daraus möglicherweise resultierenden Politikentscheidungen zu Lasten der jüngeren Generationen (intergenerationale Ungleichheit) und die Konzentration von Vermögen (intragenerationale Ungleichheit). Die zentralen Fragen lauten: Ändern sich Gerechtigkeitsempfinden und Politikpräferenzen, wenn Menschen über das wahre Ausmaß der Ungleichheit informiert werden? Und reagieren alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen auf solche Informationen?

Das Experiment: Zwei Informationsinterventionen zu Ungleichheit

Im Rahmen der repräsentativen Onlinebefragung zwischen Oktober und November 2021 wurden 4 900 Teilnehmende im Alter von 18 bis 69 Jahren zufällig in drei gleich große Gruppen eingeteilt: eine Kontrollgruppe ohne Informationsintervention sowie zwei *Treatmentgruppen*, die jeweils unterschiedliche Informationen erhielten.

Generationengerechtigkeit (T1)

Die erste Treatmentgruppe wurde darüber informiert, dass 48 % der Wahlberechtigten in Deutschland 55 Jahre oder älter sind, während 10 % der Wahlberechtigten 25 Jahre oder jünger sind. Ein begleitender Text wies darauf hin, dass diese Altersstruktur dazu führen kann, dass die Anliegen der jungen sowie zukünftiger Generationen von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt werden – etwa bei Themen wie Klimapolitik, Infrastrukturinvestitionen oder der Nachhaltigkeit des Rentensystems.

Verteilungsgerechtigkeit (T2)

Die zweite Treatmentgruppe wurde darüber informiert, dass die reichsten 10 % der Erwachsenen in Deutschland 67 % des gesamten Vermögens und die ärmsten 50 % rund 1 % des Vermögens besitzen.

Vor der Informationsintervention wurden in allen drei Gruppen die Vorabeeschätzungen (*Prior Beliefs*) zu beiden Ungleichheitsdimensionen erhoben, d.h., die Teilnehmenden haben geschätzt, wie groß der Anteil der Wahlberechtigten in den beiden Altersklassen „55 Jahre und älter“ und „25 Jahre und jünger“ ist, und welchen Anteil der Vermögen die reichsten 10 % und die ärmsten 50 % der erwachsenen Bevölkerung besitzen. Das Erheben der *Prior Beliefs* in allen drei Gruppen (anstatt nur in den beiden Treatment-

gruppen) stellt sicher, dass die beobachteten Unterschiede zwischen Treatment- und Kontrollgruppe kausal allein auf die bereitgestellte Information (und nicht zusätzlich auf *Priming-Effekte*) zurückgeführt werden können. Nach der Informationsintervention wurden die wahrgenommene Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit und die Politikpräferenzen (Klimapolitik, Rente, Staatsverschuldung, Umverteilung, Steuern) erhoben. Etwa zwei Wochen später fand eine Nachbefragung statt, um die Persistenz der Effekte zu überprüfen.

Menschen unterschätzen Ungleichheiten erheblich

Die Vorabeeschätzungen zeigen ein klares Muster: Die Befragten unterschätzen sowohl die Altersungleichheit in der Wählerschaft als auch die Vermögenskonzentration deutlich. Diese Fehleinschätzung ist bei politisch links orientierten Personen schwächer ausgeprägt als bei Befragten, die sich als politisch rechts oder in der politischen Mitte stehend einschätzen. Bei der Altersstruktur der Wahlberechtigten schätzen die Befragten im Durchschnitt die Differenz zwischen dem Anteil der über 55-Jährigen und der unter 25-Jährigen auf etwa 25 Prozentpunkte – tatsächlich beträgt sie 38 Prozentpunkte. Bei der Vermögensverteilung liegen die Schätzungen zur Differenz zwischen dem Vermögensanteil der reichsten 10 % und der ärmsten 50 % im Durchschnitt bei etwa 40 Prozentpunkten – tatsächlich sind es 66 Prozentpunkte.

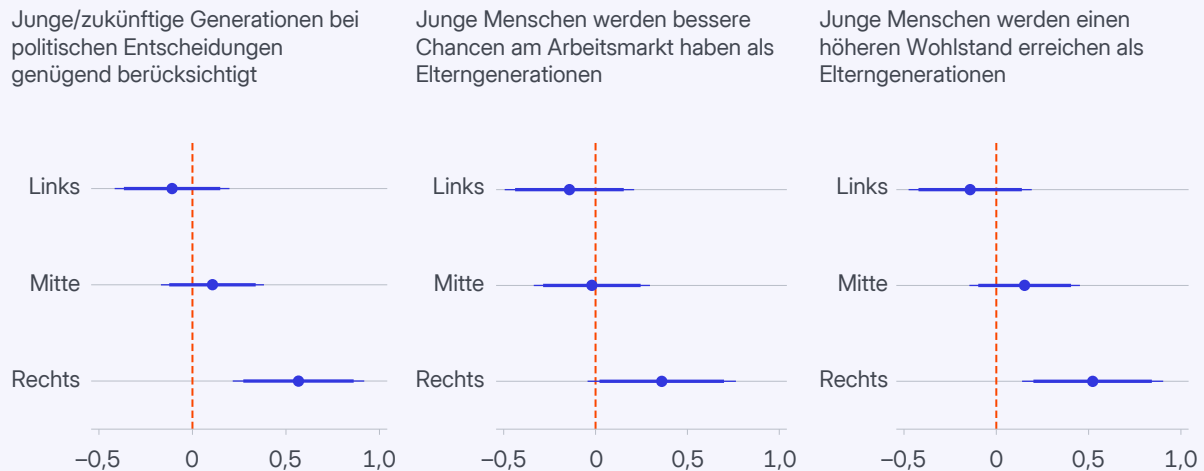
Auf den ersten Blick scheinen die Informationsinterventionen zu wirken: Am Ende der Befragung geben die Teilnehmenden in den Treatmentgruppen Schätzungen ab, die sehr nah an den wahren Werten liegen (*Posterior Beliefs*). Allerdings zeigt die Nachbefragung zwei Wochen später ein ernüchterndes Bild: Die Einschätzungen fallen wieder auf das Ausgangsniveau zurück. Dies deutet darauf hin, dass die bereitgestellten Informationen zur Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit nicht nachhaltig die Einschätzungen der Befragten beeinflusst haben.

Überraschende Gegenreaktion bei politisch rechts orientierten Befragten

Im Folgenden betrachten wir die Auswirkungen der Informationsinterventionen auf Gerechtigkeitsempfinden und Politikpräferenzen. Es zeigt sich, dass die Befragten abhängig von ihrer politischen Orientierung unterschiedlich auf die bereitgestellten Informationen reagieren. Politisch links orientierte Personen sowie Befragte, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen, reagieren kaum auf die Informationen. Ihr Gerechtigkeitsempfinden und ihre Politikpräferenzen unterscheiden sich nicht signifikant von Befragten in der Kontrollgruppe mit gleicher politischer Orientierung.

Abb. 1

Effekt der Informationsintervention zur Generationengerechtigkeit (T1) auf Gerechtigkeitsempfinden nach politischer Orientierung^a



^a Durchschnittliche Effekte der Informationsintervention zur Generationengerechtigkeit (T1) auf verschiedene Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens nach politischer Orientierung (Links, Mitte, Rechts). Das Gerechtigkeitsempfinden wird mit der Zustimmung zu den folgenden Aussagen jeweils auf einer Skala von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu) gemessen: „Bei politischen Entscheidungen werden die Auswirkungen auf junge und zukünftige Generationen ausreichend berücksichtigt“, „Junge Menschen in Deutschland werden im Großen und Ganzen bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben als ihre Elterngeneration“, „Junge Menschen in Deutschland werden im Großen und Ganzen einen höheren Wohlstand erreichen als ihre Elterngeneration“. Die Grafik zeigt Punktschätzer mit 90%- und 95%-Konfidenzintervallen (dick bzw. dünn).
Quelle: Baarck et al. (2025).

© ifo Institut

Politisch rechts orientierte Personen dagegen bewerten die Generationengerechtigkeit nach Erhalt der Information über die Altersstruktur der Wählerschaft (T1) *positiver* als politisch rechts orientierte Personen in der Kontrollgruppe (vgl. Abb. 1). Sie zeigen eine *höhere* Zustimmung zu der Aussage, dass junge Menschen bessere Chancen am Arbeitsmarkt und beim Vermögensaufbau haben werden als ihre Elterngeneration und dass die Interessen junger Generationen ausreichend bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Entsprechend *sinkt* ihre Unterstützung für zukunftsorientierte Politikmaßnahmen: Im Vergleich zu Befragten in der Kontrollgruppe mit der gleichen politischen Orientierung zeigen politisch rechts orientierte Befragte in der Treatmentgruppe eine *geringere* Zustimmung zu verlangsamten Rentensteigerungen und sind weniger bereit, auf neue Staatsschulden zu verzichten (vgl. Abb. 2).

Dabei ist zu beachten, dass die Zustimmung zu Reformen, die darauf abzielen, die Nachhaltigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, bereits in der Kontrollgruppe sehr gering ist (vgl. Abb. 3). Auf einer Skala von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll zu) liegen die durchschnittlichen Zustimmungswerte für die drei präsentierten Reformmaßnahmen „Gesetzliches Renteneintrittsalter sollte an die Lebenserwartung gekoppelt werden“,

„Renten sollten weniger stark steigen als Löhne und Gehälter“ und „Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung sollten steigen“ jeweils unter vier. Die Reformmaßnahmen werden also bereits in der Kontrollgruppe mehrheitlich abgelehnt, wobei die stärkste Ablehnung für die Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung zu beobachten ist. Unsere Informationsintervention ändert daran wenig.

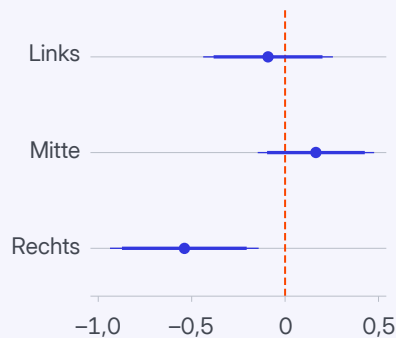
Ein ähnliches Muster zeigt sich bei den Wirkungen der Informationsintervention zur Vermögensungleichheit (T2): Politisch rechts orientierte Befragte bewerten nach Erhalt der Information die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland *positiver* als politisch rechts orientierte Befragte in der Kontrollgruppe – sie finden Rangunterschiede in der Gesellschaft akzeptabler, glauben stärker an leistungsgerechte Entlohnung und halten soziale Unterschiede für fairer (vgl. Abb. 4). Ihre Unterstützung für staatliche Umverteilungsmaßnahmen, wie höhere Einkommensteuern für Menschen mit hohen Einkünften oder die Einführung einer Vermögensteuer, sinkt entsprechend (vgl. Abb. 5).

Diese Ergebnisse stehen im Widerspruch zu der Erwartung, dass Personen, die das Ausmaß verschiedener Ungleichheitsaspekte unterschätzen, nach Erhalt von Informationen zu diesen Ungleichheitsaspekten ihre Gerechtigkeitsvorstellungen anpassen und möglicherweise

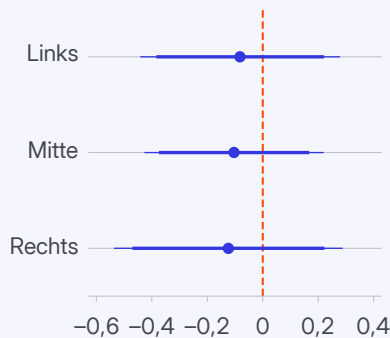
Abb. 2

Effekt der Informationsintervention zur Generationengerechtigkeit (T1) auf Politikpräferenzen nach politischer Orientierung^a

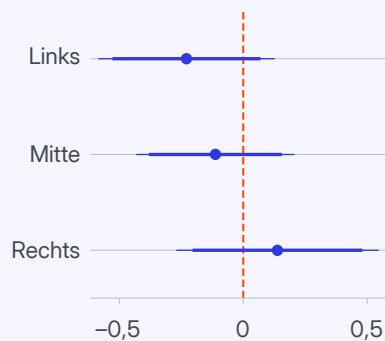
Keine Neuschulden, auch wenn dafür Leistungskürzungen/höhere Steuern und Abgaben



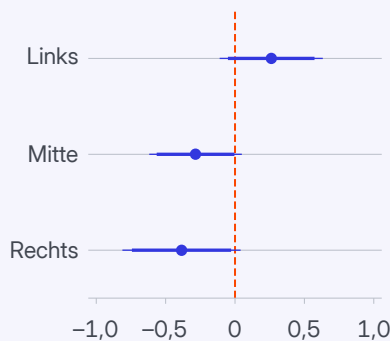
Der Staat soll mehr tun, um die Klimaziele zu erreichen



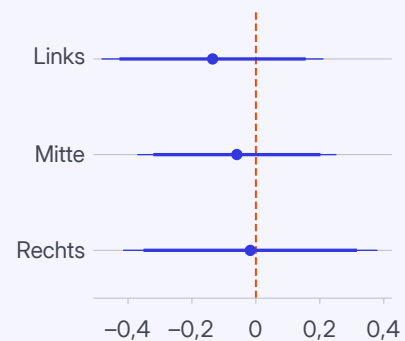
Gesetzliches Renteneintrittsalter sollte an Lebenserwartung gekoppelt werden



Renten sollten weniger stark steigen als Löhne und Gehälter



Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung sollten steigen



^a Durchschnittliche Effekte der Informationsintervention zur Generationengerechtigkeit (T1) auf Politikpräferenzen nach politischer Orientierung (Links, Mitte, Rechts). Die Politikpräferenzen werden mit der Zustimmung zu den folgenden Aussagen jeweils auf einer Skala von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu) gemessen: „Der deutsche Staat sollte ohne neue Schulden auskommen, auch wenn dies mit Leistungskürzungen oder höheren Steuern und Abgaben verbunden ist“, „Der Staat soll mehr tun, um die Klimaziele zu erreichen“, „Das gesetzliche Renteneintrittsalter sollte an die Lebenserwartung gekoppelt werden“, „Die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung sollten weniger stark steigen als Löhne und Gehälter“, „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten einen höheren Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen“. Die Grafik zeigt Punktschätzer mit 90%- und 95%-Konfidenzintervallen (dick bzw. dünn).
Quelle: Baarck et al. (2025).

Politikmaßnahmen stärker unterstützen, die Ungleichheiten adressieren.

Glaubwürdigkeitskrise: Warum Fakten abgelehnt werden

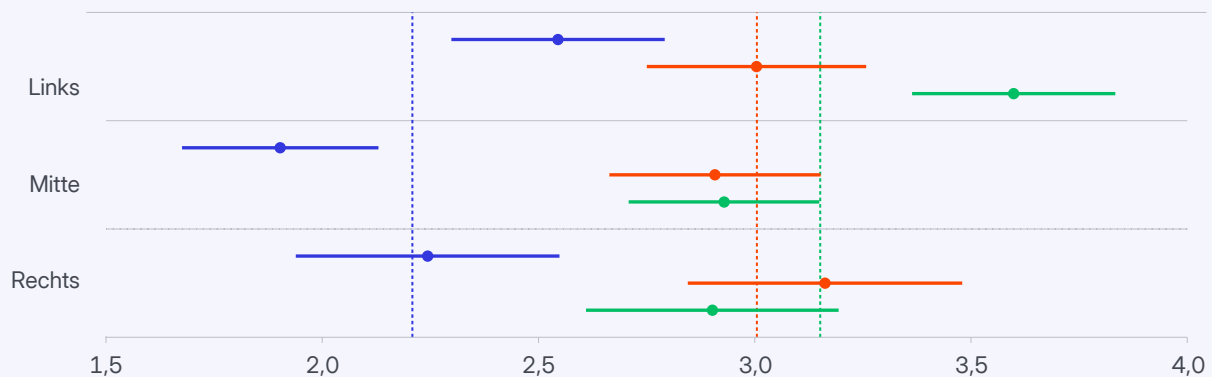
Was erklärt diese paradoxe Reaktion? Die Studie liefert Hinweise auf einen zugrunde liegenden Mechanismus: Motiviertes Denken und mangelnde Glaubwürdigkeit. Politisch rechts orientierte Befragte bewerten die präsentierten Informationen als weniger glaubwürdig als politisch links orientierte Personen. Zudem stufen Teilnehmende jeglicher politischer Orientierung die Befragung als politisch eher links ein, vermutlich da das Thema Ungleichheit als „linkes“ Thema wahrgenommen wird. Diese Wahrnehmung äußert sich im Antwortverhalten: Statt die (korrekten) Informationen als solche aufzunehmen, scheinen politisch rechts orientierte Befragte sie als Versuch politischer Einflussnahme zu werten. In der Folge bewerten sie die Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit höher,

tierten Informationen als weniger glaubwürdig als politisch links orientierte Personen. Zudem stufen Teilnehmende jeglicher politischer Orientierung die Befragung als politisch eher links ein, vermutlich da das Thema Ungleichheit als „linkes“ Thema wahrgenommen wird. Diese Wahrnehmung äußert sich im Antwortverhalten: Statt die (korrekten) Informationen als solche aufzunehmen, scheinen politisch rechts orientierte Befragte sie als Versuch politischer Einflussnahme zu werten. In der Folge bewerten sie die Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit höher,

Abb. 3

Durchschnittliche Zustimmungswerte für Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung nach politischer Orientierung in der Kontrollgruppe^a

- Gesetzliches Renteneintrittsalter sollte an Lebenserwartung gekoppelt werden
- Renten sollten weniger stark steigen als Löhne und Gehälter
- Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung sollten steigen



^a Durchschnittliche Zustimmungswerte für Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung in der Kontrollgruppe, insgesamt und nach politischer Orientierung (Links, Mitte, Rechts). Die Politikpräferenzen werden mit der Zustimmung zu den folgenden Aussagen jeweils auf einer Skala von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu) gemessen: „Das gesetzliche Renteneintrittsalter sollte an die Lebenserwartung gekoppelt werden“, „Die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung sollten weniger stark steigen als Löhne und Gehälter“, „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten einen höheren Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen“. Die Grafik zeigt Mittelwerte und 95%-Konfidenzintervalle der Politikpräferenzen nach politischer Orientierung, sowie die Mittelwerte über alle politischen Orientierungen hinweg als gestrichelte Linien.
Quelle: Baarck et al. (2025).

© ifo Institut

obwohl zu erwarten gewesen wäre, dass die Informationsintervention in die entgegengesetzte Richtung wirkt.

Dieses Verhalten ist konsistent mit der Theorie motivierter Überzeugungen: Menschen neigen dazu, Informationen, die ihren Grundüberzeugungen widersprechen, zu relativieren oder abzulehnen – insbesondere, wenn diese aus Quellen stammen, die sie als politisch voreingenommen wahrnehmen (Kunda 1990; Bénabou und Tirole 2016). Für politisch rechts orientierte Personen scheint dieser Fall in unserem Experiment zuzutreffen. Politisch links orientierte Befragte zeigen dagegen keine Reaktion auf die Informationen – möglicherweise da sie bereits vor der Informationsintervention die Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit geringer einstufen und Politikmaßnahmen, die Ungleichheiten adressieren, stärker unterstützen. Die präsentierten Fakten bestätigen daher lediglich ihre bestehenden Überzeugungen.

Eine anschließende Mediationsanalyse zeigt, dass die geringere Zustimmung zu umverteilenden Politikmaßnahmen politisch rechts orientierter Befragter als Reaktion auf die Informationsintervention zur Vermögensungleichheit (T2) durch ein höheres Verteilungsgerechtigkeitsempfinden

erklärt werden kann. Letzteres wirkt also als Mediator für Politikpräferenzen. Dagegen liefert unsere Mediationsanalyse keine Hinweise darauf, dass die geringere Zustimmung politisch rechts orientierter Befragter zu zukunftsorientierten Politikmaßnahmen als Reaktion auf die Informationsintervention zur Altersstruktur der Wahlberechtigten (T1) durch ein erhöhtes Generationengerechtigkeitsempfinden erklärt werden kann. Hier dominieren offenbar andere Mechanismen.

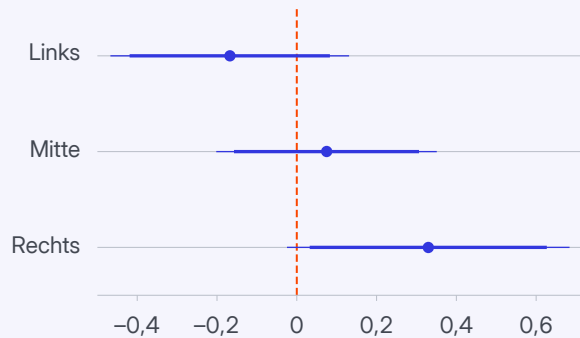
Fazit: Die Grenzen der Aufklärung

Unsere Studie zeichnet ein ernüchterndes Bild von den Möglichkeiten, durch reine Information die Akzeptanz von Politikmaßnahmen zur Verringerung inter- und intra-generationaler Ungleichheiten zu erhöhen. Während die Teilnehmenden unseres Experiments im Durchschnitt das Ausmaß der präsentierten Ungleichheiten unterschätzten, führte die Bereitstellung von Informationen nicht automatisch zu einem höheren Problembewusstsein oder stärkerer Unterstützung für Politikmaßnahmen. Stattdessen legen die Ergebnisse unserer Studie nahe, dass Fairnessvorstellungen tief verankert sind und durch die Bereitstellung von Fakten oft nur geringfügig beeinflusst werden. Wenn

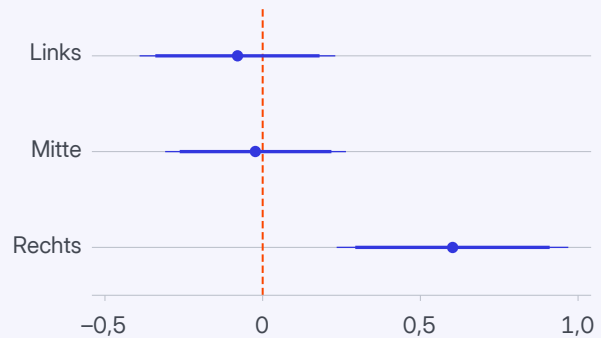
Abb. 4

Effekt der Informationsintervention zur Verteilungsgerechtigkeit (T2) auf Gerechtigkeitsempfinden nach politischer Orientierung^a

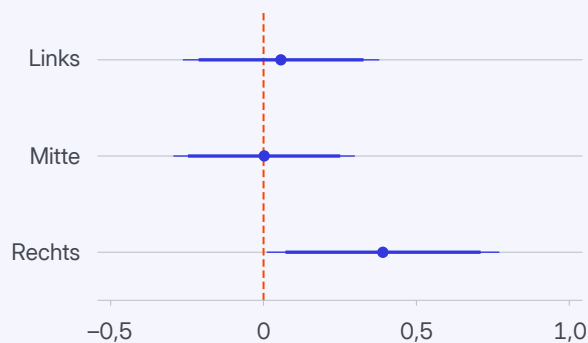
Ich finde die sozialen Unterschiede im Großen und Ganzen gerecht



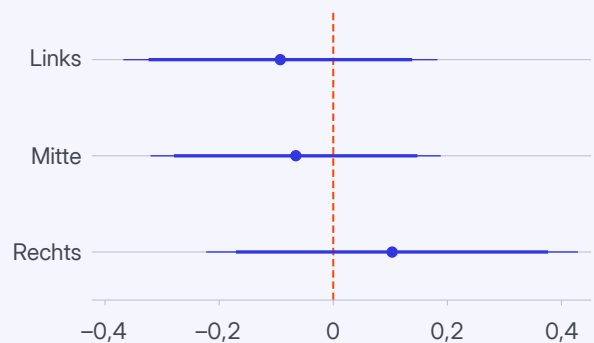
Rangunterschiede akzeptabel, da sie ausdrücken, was man aus Chancen gemacht hat



Man wird in Deutschland nach seiner Leistung vergütet



Die wirtschaftlichen Gewinne werden im Großen und Ganzen gerecht verteilt



^a Durchschnittliche Effekte der Informationsintervention zur Verteilungsgerechtigkeit (T2) auf verschiedene Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens nach politischer Orientierung (Links, Mitte, Rechts). Das Gerechtigkeitsempfinden wird mit der Zustimmung zu den folgenden Aussagen jeweils auf einer Skala von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu) gemessen: „Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht“, „Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus seinen Chancen gemacht hat“, „Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet“, „Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt“. Die Grafik zeigt Punktschätzer mit 90%- und 95%-Konfidenzintervallen (dick bzw. dünn).

Quelle: Baarck et al. (2025).

© ifo Institut

die präsentierten Informationen als politisch motiviert wahrgenommen werden, können sie sogar Abwehrreaktionen auslösen und bestehende Polarisierungen verstärken.

Dies zeigt die Notwendigkeit einer gut durchdachten politischen Kommunikation. Erfolgreiche politische Kommunikation sollte Ansätze verfolgen, die unterschiedliche Wertvorstellungen ernst nehmen, Vertrauen in die Neutralität von Informationsquellen aufbauen und Räume für echten Dialog schaffen – jenseits der Bestätigung vorgefasster Meinungen. •

Referenzen

Arévalo, P., K. Berti, A. Caretta und P. Eckefeldt (2019), „The Intergenerational Dimension of Fiscal Sustainability“, European Economy Discussion Paper 112, European Commission.

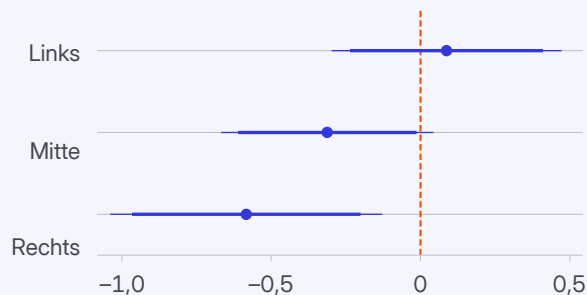
Baarck, J., M. Dolls und L. Windsteiger (2025), „How Does Information about Inequalities Affect Fairness Views and Policy Preferences? Evidence from a Randomized Survey Experiment“, CESifo Working Paper 12234.

Bénabou, R. und J. Tirole (2016), „Mindful Economics: The Production, Consumption, and Value of Beliefs“, *Journal of Economic Perspectives* 30(3), 141–164.

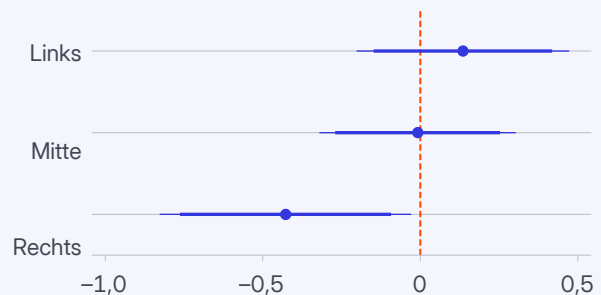
Abb. 5

Effekt der Informationsintervention zur Verteilungsgerechtigkeit (T2) auf Politikpräferenzen nach politischer Orientierung^a

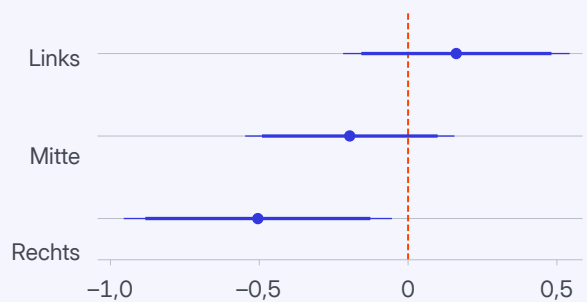
Reiche sollen ab einer gewissen Höhe des Vermögens Vermögensteuern bezahlen



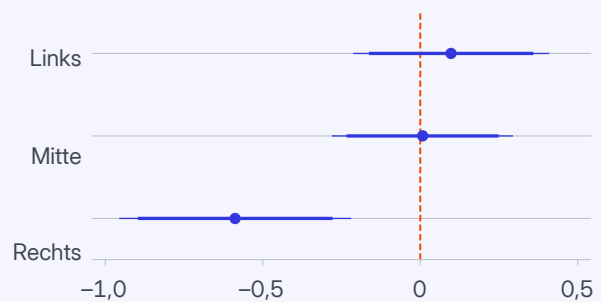
Wir benötigen im Moment mehr Umverteilung von Reich nach Arm



Besserverdienende sollen höhere Einkommensteuern bezahlen als bisher



Der Staat soll den Unterschied zwischen Arm und Reich verringern



^a Durchschnittliche Effekte der Informationsintervention zur Verteilungsgerechtigkeit (T2) auf verschiedene Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens nach politischer Orientierung (Links, Mitte, Rechts). Die Politikpräferenzen werden mit der Zustimmung zu den folgenden Aussagen jeweils auf einer Skala von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu) gemessen: „Reiche sollen in Deutschland ab einer gewissen Höhe des Vermögens Vermögensteuern bezahlen“, „In Deutschland benötigen wir im Moment mehr Umverteilung von Reich nach Arm“, „Besserverdienende sollen in Deutschland höhere Einkommensteuern bezahlen als bisher“, „Der Staat soll für eine Verringerung des Unterschieds zwischen Arm und Reich sorgen“. Die Grafik zeigt Punktschätzer mit 90%- und 95%-Konfidenzintervallen (dick bzw. dünn).

Quelle: Baarck et al. (2025)

© ifo Institut

Gimpelson, V. und D. Treisman (2018), „Misperceiving Inequality“, *Economics & Politics* 30(1), 27–54.

Hauser, O. P. und M. I. Norton (2017), „(Mis)Perceptions of Inequality“, *Current Opinion in Psychology* 18, 21–25.

Kiatpongsan, S. und M. I. Norton (2014), „How Much (More) Should CEOs Make? A Universal Desire for More Equal Pay“, *Perspectives on Psychological Science* 9(6), 587–593.

Kunda, Z. (1990), „The Case for Motivated Reasoning“, *Psychological Bulletin* 108(3), 480–498.

Kuziemko, I., M. I. Norton, E. Saez und S. Stantcheva (2015), „How Elastic Are Preferences for Redistribution? Evidence from Randomized Survey Experiments“, *American Economic Review* 105(4), 1478–1508.

Norton, M. I. und D. Ariely (2011), „Building a Better America – One Wealth Quintile at a Time“, *Perspectives on Psychological Science* 6(1), 9–12.

OECD (2021), *Does Inequality Matter? How People Perceive Economic Disparities and Social Mobility*, OECD Publishing, Paris.

OECD (2025), *Getting the Public on Side: How to Make Reforms Acceptable by Design*, OECD Publishing, Paris.

Stantcheva, S. (2021), „Perceptions and Preferences for Redistribution“, Prepared for the IFS Deaton Review, mimeo.